



TOP 1 Grundsätzliche Entwicklungen und Zukunft der Obdachlosenunterbringung - Bericht

gemeinsame Sitzung Ausschuss für soziale Fragen und Ausschuss für
öffentliche Ordnung am 16.07.2026

STADT

Kempten Allgäu

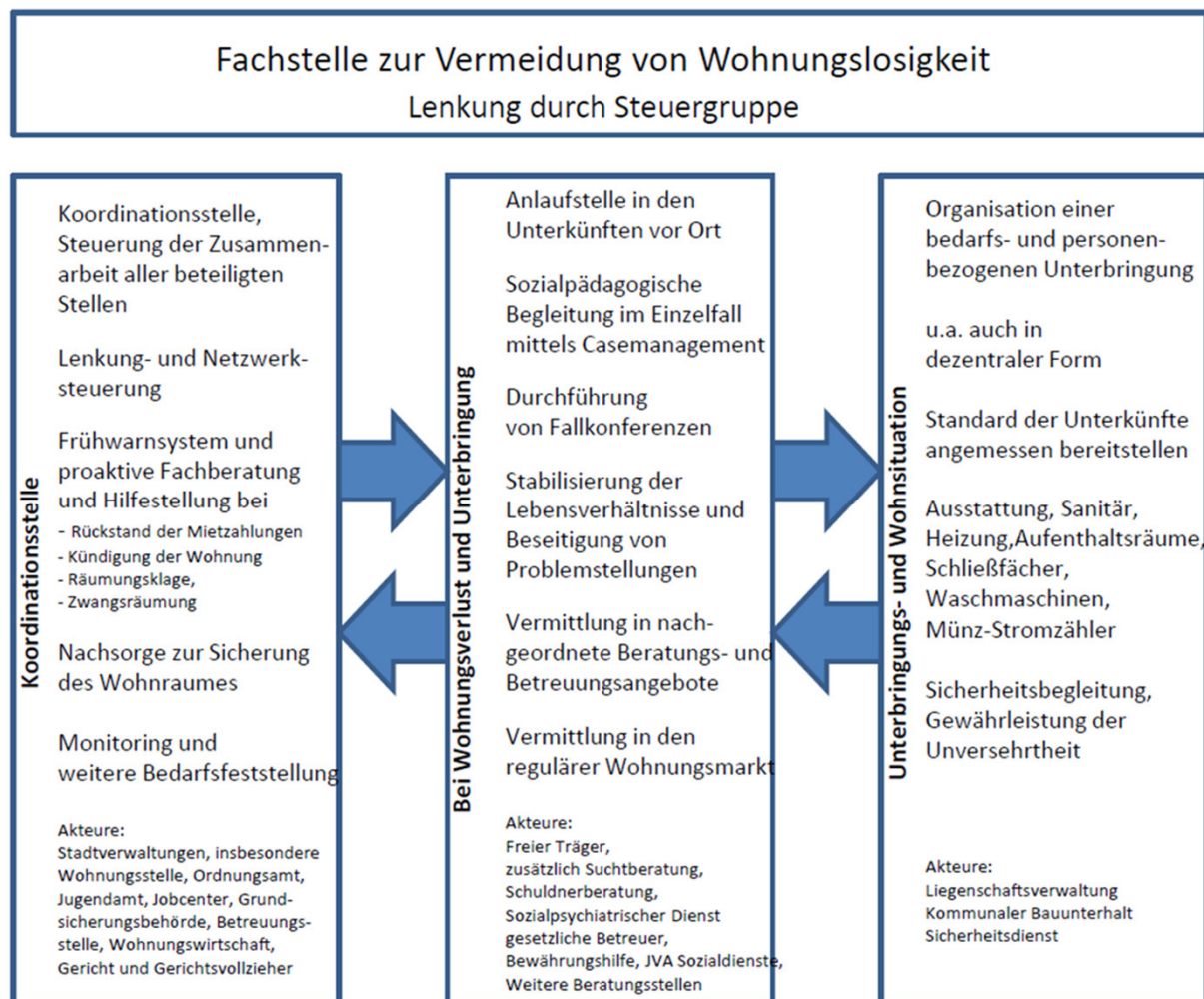
Entwicklung bis 2018

- **Notunterbringung nach LStVG durch das Rechts- und Standesamt (Amt 30)**
- **Notuntergebrachte Menschen wurden sich mehr oder weniger selbst überlassen**
- **Baulich waren die Unterkünfte in tlw. sehr schwierigem Zustand (Einzelöfen etc.)**
- **Leistungsbehörden haben finanzielle Leistungen nach SGB II und XII bewilligt, wenn sie beantragt wurden**
- **Betreuungsstelle war in Einzelfällen vor Ort, jedoch im Prinzip wie in allen anderen Fällen im Stadtgebiet auch**

„Startschuss“ für konzeptionelles Vorgehen in 2018

- **Notwendig u. a. aufgrund sprunghaftem Anstieg der Unterbringungen im Zeitraum 2012 bis 2018 von 54 auf 140**
- **Gemeinsame Sitzung Ausschuss öffentliche Ordnung und Ausschuss für soziale Fragen in dem Zuständigkeiten nochmals erläutert wurden und ein Konzept aufgezeigt wurde, wie den Problemstellungen besser begegnet werden kann. Inhaltlich wurden die Themen der Prävention von Wohnungsnotfällen und einem Fallmanagement für ordnungsrechtlich untergebrachter Menschen beschlossen.**
- **„3-Säulen-Modell“**

3-Säulen-Modell

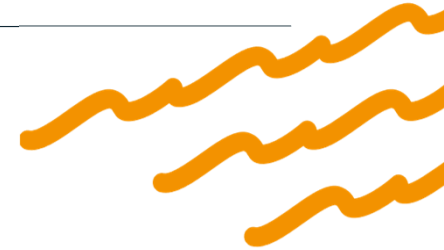


Umsetzung 3-Säulen-Modell (entspricht in weiten Teilen auch den Empfehlungen für das Obdach- und Wohnungslosenwesen des Freistaates)

- **(soziale) Prävention und Hilfemaßnahmen (Sozialhilfeträger, Amt 50):**
 - Stadtinterne Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit im Umfang von 0,5 VZÄ (1. Säule):
 - „Präventive“ Sozialberatung als „Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten“ im Vorfeld einer Unterbringung
 - Koordination Steuergruppe
 - Bezuschussung der Wohnungsnotfallhilfe der Diakonie Allgäu im Umfang 1,0 VZÄ (2. Säule)
- **Sicherheitsrechtliche Notunterbringung nach LStVG (Sicherheitsbehörde, Amt 30)**
 - ohne weitere soziale Hilfen (s. o. Sozialhilfeträger); „vorübergehendes Unterkommen einfacher Art“; Zuständigkeit als Bedarfsgeber bezüglich Ausgestaltung, Art und Ausstattung (gemeindeeigene oder angemietete Unterkünfte bis zur Beschlagnahmung privater Unterkünfte)) gegenüber dem Amt für Gebäudewirtschaft (Amt 69)

zudem:

- **Bauliche Maßnahmen**
- **Befristetes Projekt Stärkung der Suchthilfe durch den Bezirk Schwaben**
- **Regelmäßige Angebote**
 - Foodtrailer des BRK, Sonntag
 - 2x wöchentlich Kaffee und Keks durch Talk Inn (Caritas), Suchthilfe
 - 1 x Lebensmittelausgabe (Tafel)
- **Finanzierung Bayerisches Rotes Kreuz gesamt 229 TEUR**
 - **Wärmestube in der Form eines sozialen Treffpunkts**
 - **Übernachtungsstelle im Rahmen der Gefahrenabwehr**



Ergebnisse

- **Stabile Unterbringungszahlen; großer Erfolg entgegen bundesweitem Trend (2012: 54, 2018: 140, 06/2026: 150) und das trotz steigender Einwohnerzahlen**
- **Verbesserung der Situation einzelner Bewohner durch Unterstützung der Wohnungsnotfallhilfe (wenn Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden ist und die Problemlagen nicht zu groß sind); es können jährlich ca. 100 Personen für Beratungen erreicht werden**
- **Deutlich bessere Vernetzung der Beteiligten sowohl stadtintern als auch mit Externen (Wohnungsnotfallhilfe, Wärmestube/Übernachtungsstelle, Stadtjugendring ESF (Lebens(t)raum), WoFa usw.)**

Unterbringungszahlen

- 7 Wohnhäuser zur Verfügung mit insgesamt 51 Wohneinheiten, die in Appartements und 2-3 Zimmer Wohnungen aufgeteilt sind; alle sind mit Küche und Bad ausgestattet
- Pro Zimmer sind maximal 2-3 Personen untergebracht
- Es sind in der Regel 10 qm pro Person zur Verfügung zu stellen
- Derzeit sind 150 Personen in den Häusern untergebracht
- Die Verweildauer ist unterschiedlich, aber selten bis nie kurzfristig; es gibt Bewohner, die seit über 10 Jahren in einer Unterkunft leben

Altersstruktur

Durchschnittsalter

- Der älteste Bewohner ist 81 Jahre alt.
- 0-10 Jahre 12
- 11-20 Jahre 13
- 21-30 Jahre 17
- 31-40 Jahre 34
- 41-50 Jahre 27
- 51-60 Jahre 24
- Über 61 Jahren 23

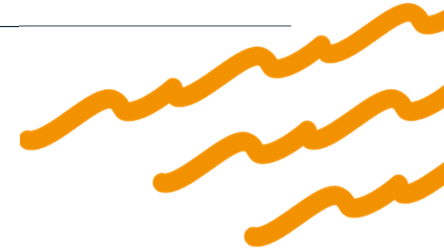
Strukturelle Zusammensetzung

Erwachsene ab 21 Jahren

- Frau: 34 Mann: 91

Jugendliche bis 20 Jahren

- Mädchen: 9 Jungen: 16
- 18-20 Jahre allein in Unterkunft: 3
- Familien: 6
- Alleinerziehende: 3
- Rentner/-in: 22
- Grundsicherung: 6
- In Arbeit: 29
- Suchtthematik bekannt bei 40 Personen



Zusammensetzung nach Nationalitäten:

Deutschland	98
Polen	9
Rumänien	9
Litauen	5
Türkei	5
Eritrea	4
Italien	2
Kasachstan	2
Kroatien	2
Lettland	2
Somalia	2
Afghanistan	1
Albanien	1
Bosnien	1
Chile	1
China	1
Griechenland	1
Guinea	1
Sri Lanka	1
Syrien	1
Ukraine	1



Aktuelle Entwicklungen

- **Seit letztem Sommer deutlich gestiegene Anzahl an Polizeieinsätzen, inzwischen auch wiederholt SEK-Einsätze mit jeweils sehr unterschiedlichen Hintergründen**
- **Wichtiger Grund nach Einschätzung Amt 30 und Wohnungsnotfallhilfe 5-7 sehr auffällige Menschen und Störungen durch Externe**
- **Notwendigkeit der temporären Schließung des Beratungsbüros der Diakonie Allgäu in der Reinhartser Straße 8**
- **Auswirkungen auf Stadtgesellschaft in Richtung Bühl**

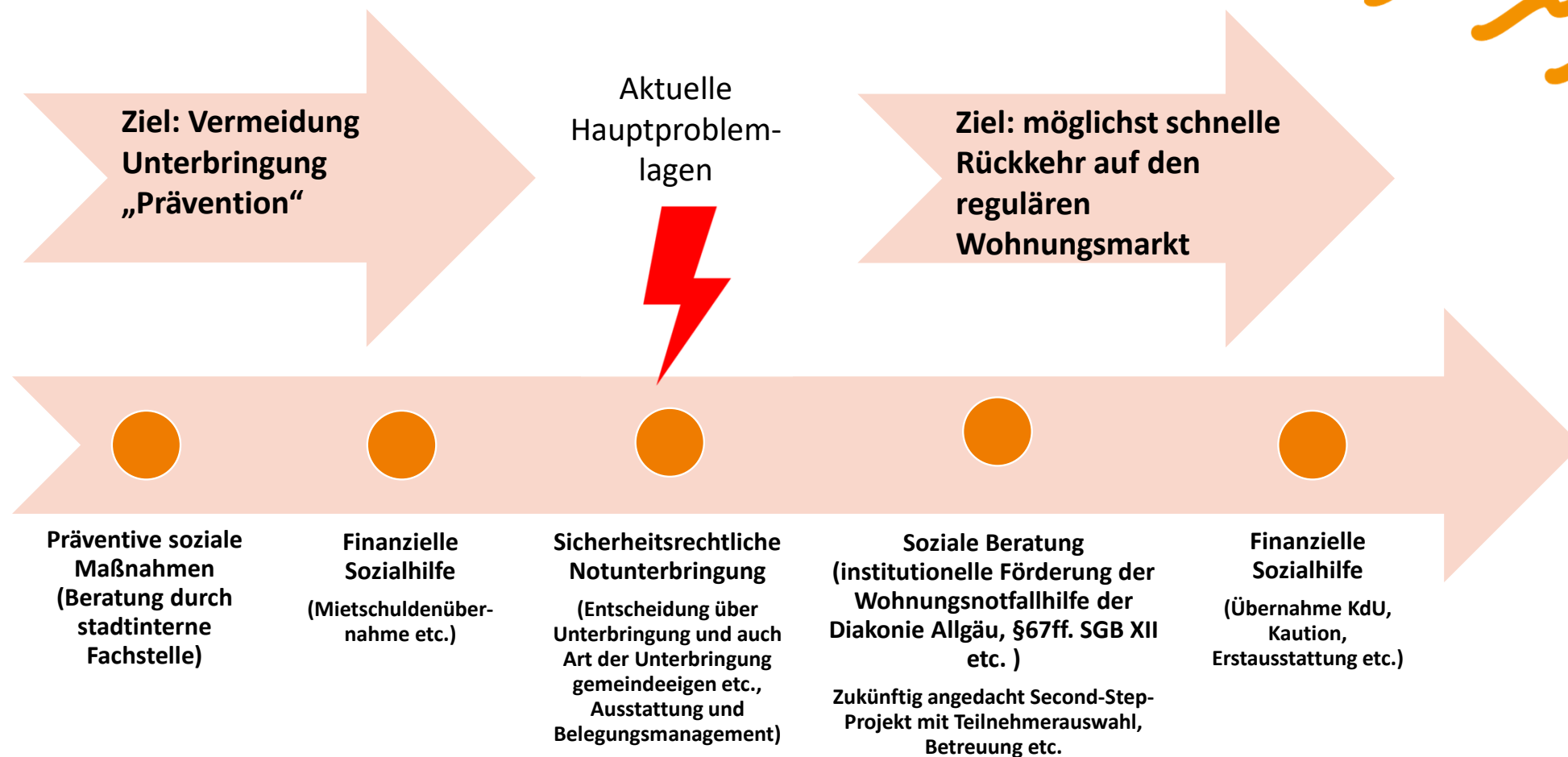
Akutmaßnahmen

- **Ausweitung Sicherheitsdienst durch das Amt für Gebäudewirtschaft (Amt 69) auf Nachteinsätze**
- **Weitere Ausweitung mit Einlasskontrollen Reinhartser Str. 2**

weitere Ansätze:

- **Entzerrung der Belegung durch Ausweitung der Notunterkünfte auf andere Liegenschaften im Stadtgebiet (auch für Second-Step-Projekt)**
- **Verbunden mit Kostensteigerungen Amt 69 (tlw. Wegfall Mieteinnahmen und zumindest Aufwand für Ausstattung der Unterkünfte)**

Ablauf im Überblick



Möglicher Ausbau der Hilfestrukturen (Umsetzung möglich Anfang 2027)

• Soziale Prävention und Hilfsmaßnahmen:

- Ausbau der Sozialberatung vor Ort (Diakonie Allgäu). Angedacht ist hier eine Aufstockung um weitere 0,5 VZÄ auf dann 1,5 VZÄ Sozialberatung in den Notunterkünften, mit dem Ziel möglichst viele Menschen zu befähigen, auf dem regulären Wohnungsmarkt Fuß zu fassen. Ausbau Screening bei Neueinzügen.
- Initiierung eines Second-Step-Projekts, bei dem im Rahmen einer ordnungsrechtlichen Unterbringung eine intensivere und verbindlichere Sozialbetreuung angedacht ist. Zielgruppe wäre in einem ersten Schritt Familien/Alleinerziehende mit Kindern. Als Objekt würde eine Liegenschaft in zentraler Lage (als Notunterkunft) in Frage kommen. Hier wäre eine Betreuung in 4-5 Wohnungen mit dem Ziel einer Stabilisierung der Lebenssituation vorgesehen und einer anschließenden Option auf eine Vermittlung in den regulären Wohnungsmarkt. Dies könnte mit einem zeitlichen Umfang von weiteren 0,5 VZÄ erfolgen. Sollten darüber hinaus Kapazitäten verbleiben, wäre eine Ausweitung auf Einzelpersonen denkbar. Sehr wichtig ist die Auswahl der Projektteilnehmer, die Amt 50 in Abstimmung mit der Diakonie Allgäu und Amt 30 vornehmen würde.
- Insgesamt Aufstockung der Sozialberatung von 1,0 VZÄ auf 2,0 VZÄ, somit eine Erhöhung des Zuschusses von ca. 100 TEUR auf ca. 200 TEUR. Eine politische Behandlung der Konzeption könnte in der Sitzung des Ausschusses für soziale Fragen am 06.10.2026 erfolgen. Aktuell werden hierzu Fördermöglichkeiten geprüft.

Grundvoraussetzung einer Verbesserung/Verkürzung der Unterbringung (insb. von Familien)

- **Zielerfüllung nur möglich, wenn Belegungsrechte/Wohnungen in städtischem Zugriff sind.**
- **Hier könnte als Einstieg an ein Volumen von 6-8 Wohnungen jährlich gedacht werden. Z. B. die Hälfte für Familien, die das Second-Step-Projekt stabilisiert durchlaufen haben (Auswahl durch Second-Step-Projekt) und eine zweite Hälfte für Menschen im Rahmen eines Housing First-Charakters, die z. B. „lediglich“ wegen eines Schufa-Eintrags keine Wohnraum finden, aber zum Teil sogar einen stabilen Arbeitsplatz haben (Auswahl durch Kontakte im Rahmen Einweisungen durch Amt 30, durch die Fachstelle im Rahmen von z. B. Zwangsräumungen oder im Rahmen des Screenings durch die Wohnungsnotfallhilfe denkbar).**
- **Hier werden Wohnbauträger eine wichtige Rolle spielen.**

STADT

Kempten^{Allgäu}

Herzlichen Dank!

Nadine Briechle

Amtsleitung

Rechts- und Standesamt

Telefon: +49 831 2525-3011

Florian Höld

Amtsleitung

Amt für soziale Leistungen und Hilfen

Telefon: +49 831 2525-5011